

Detlef Garbe

Zur Paradoxie von Erinnerungskonjunkturen

Weshalb die Initiative zur Zukunft der Gedenkstätte Neuengamme auf der Strecke blieb, aber ein Jahrzehnt später das Erschrecken über die Schill-Partei die Gedenkstättenentwicklung beschleunigte

Die Wehrmachtsausstellungen des Hamburger Instituts für Sozialforschung von 1995 und 2001 markieren zentrale Daten der geschichtspolitischen Identitätsdiskurse in der Bundesrepublik Deutschland. Als Ausdruck des Paradigmenwechsels im Umgang mit der historisch hoch belasteten Vergangenheit haben sie mehr oder weniger Eingang in das Schul- und Allgemeinwissen gefunden. Heute ist hingegen selbst in Hamburg nur noch wenig bekannt, dass sich Jan Philipp Reemtsma bereits seit den achtziger Jahren für die Erforschung des in den Hamburger Landgebieten gelegenen Konzentrationslagers Neuengamme stark gemacht hat. Bis die Stadt 1981 nach jahrzehntelangem Drängen ausländischer Verbände ehemaliger Häftlinge ein kleines Dokumentenhaus am Rande des als Gefängnis nachgenutzten KZ-Geländes eröffnete, erschöpfte sich das Wissen im Wesentlichen in einer 1970 für einen Sammelband des Münchener Instituts für Zeitgeschichte erarbeiteten zwanzigseitigen Überblicksdarstellung.¹ Die zahlreichen in Belgien, Dänemark, Frankreich, Polen und vielen weiteren Staaten erschienenen Bücher über das KZ Neuengamme, die fast alle von Überlebenden verfasst wurden, waren in der Regel selbst in Hamburgs Staats- und Universitätsbibliothek nicht zu finden. Und noch 1980 ließ die damalige Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg verlauten, dass keine weiteren Zeugnisse über die Geschichte des KZ Neuengamme zu erwarten seien.²

1 Werner Johe, »Das KL Neuengamme«, in: Institut für Zeitgeschichte (Hg.), *Studien zur Geschichte der Konzentrationslager*, Stuttgart 1970, S. 29–49. Um einige Dokumente und Berichte ergänzt wurde der leicht überarbeitete Aufsatz 1981 unter dem Titel »Neuengamme. Zur Geschichte der Konzentrationslager in Hamburg« als Broschüre von der Landeszentrale für politische Bildung herausgegeben, die Broschüre erfuhr bis 1984 vier, teilweise erweiterte Auflagen.

2 Prof. Dr. Werner Jochmann, »Schlecht informiert«, in: *Hamburger Lehrerzeitung*, Heft 5, 1980.

Tatsächlich war in Hamburg bis in die achtziger Jahre hinein die Geschichte des 1938 zunächst als Außenlager des KZ Sachsenhausen entstandenen Lagers weitgehend vergessen. Dabei gab es eine ausgesprochen enge Verflechtung³ zwischen der Stadt und dem KZ Neuengamme, das sich im Laufe des Krieges mit über 100.000 Häftlingen und 85 Außenlagern zum größten Lagerkomplex Nordwestdeutschlands entwickelte. So war bereits die Lagergründung auf Initiative und mit Krediten der Hansestadt im Interesse des kostengünstigen Erwerbs von Klinkersteinen zum Ausbau Hamburgs zur ›Führerstadt‹ erfolgt. Von 1943/44 an gab es allein im Stadtgebiet fünfzehn Außenlager für Aufräumarbeiten nach den schweren Luftangriffen und zum Häftlingseinsatz in der Rüstungsindustrie. Zum Ausbau von Abwehrstellungen entlang der deutschen Nordseeküste, den Hitler dem Hamburger Gauleiter und Reichsverteidigungskommissar Karl Kaufmann übertragen hatte, wurden seit dem Herbst 1944 über 9.000 Häftlinge herangezogen, von denen beim Bau von Panzergräben innerhalb weniger Monate 2.100 starben. Bei der Räumung des KZ Neuengamme kurz vor Kriegsende wurden die Häftlinge in sogenannte Sterbelager sowie auf Schiffe verschleppt, die Gauleiter Kaufmann im Interesse einer von KZ-Häftlingen »unbeeinträchtigt« Übergabe der Stadt requiriert hatte. Die Gauwirtschaftskammer hatte darauf gedrängt, die Menschen fortzuschaffen; selbst Hamburgs Kampfkommandant Generalmajor Alwin Wolz und der Höhere SS- und Polizeiführer Nordsee, Graf von Bassewitz-Behr, hielten eine Verteidigung der Stadt für aussichtslos. In den letzten drei Kriegswochen starben im Inferno der Räumung des KZ Neuengamme und der Außenlager 16.000 Häftlinge auf Todesmärschen, in Bergen-Belsen, Sandbostel und Wöbbelin sowie bei der Bombardierung der ›Cap Arcona‹ und der ›Thielbek‹. Bei der kampflösen Übergabe Hamburgs fanden die Briten das Lager in Neuengamme mit seinen 170 Gebäuden und Bara-

3 Detlef Garbe, »Eine Stadt und ihr KZ. Die Hansestadt Hamburg und das Konzentrationslager Neuengamme«, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hg.), *Zeitgeschichte in Hamburg 2018*, Hamburg 2019, S. 12–31; KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hg.), *Eine Stadt und ihr KZ. Häftlinge des KZ Neuengamme im Hamburger Kriegsaltag 1943–1945. Katalog zur Ausstellung*, Hamburg 2019.

cken menschenleer und gesäubert vor. Die Spurenverwischung war in weiten Teilen gelungen.

Auch die Nachkriegsnutzung des Konzentrationslagers, zunächst als britisches Internierungslager und von 1948 an für Zwecke des Hamburger Strafvollzugs, förderte das Vergessen.⁴ Die Holzbaracken des Häftlingslagers wurden abgerissen und durch einen aus Steinen des KZ-Klinkerwerks errichteten Gefängnisneubau ersetzt. Zwei große, 1944 als Massivbauten fertiggestellte zweigeschossige Häftlingsunterkünfte, SS-Wirtschaftsgebäude und -Garagen, das Kommandantenhaus, die SS-Hauptwache und Fabrikationshallen der Metallwerke Neuengamme, einer 1942 gegründeten Zweigniederlassung des Waffenherstellers Carl Walther, wurden weitergenutzt. Sowohl die Errichtung einer ersten Gedenksäule 1953 als auch der Bau eines internationalen Mahnmals 1965 gingen auf das hartnäckige Drängen der seit 1958 in der Amicale Internationale de Neuengamme (AIN) zusammengeschlossenen Lagergemeinschaften zurück, die sich nach und nach in mehr als fünfzehn europäischen Staaten gebildet hatten und besonders in Belgien, Dänemark, Frankreich und Norwegen auch über gute politische Verbindungen verfügten. Zum Teil übten Neuengamme-Überlebende dort sogar Regierungsämter aus. Die Anlage des Internationalen Mahnmals erfolgte allerdings außerhalb des eigentlichen Lagerbereiches auf dem abseitigen Areal der ehemaligen KZ-Gärtnerei, in der zu Lagerzeiten auch Asche der im Krematorium verbrannten Leichen zu Düngungszwecken ausgebracht worden war.

Ungefähr zeitgleich mit den Verhandlungen über das Mahnmal hatten die Hamburger Behörden Planungen für den Bau eines weiteren Gefängnisses auf dem früheren KZ-Grund aufgenommen – ohne die Vertreter der AIN darüber zu informieren. Nach seiner Fertigstellung 1970 auf dem Gelände der einstigen Tongruben zwischen Klinkerwerk und ehemaligem SS-Lager wurde der mit hohen Betonmauern umgebene Gefängniskomplex bis Mitte der achtziger Jahre unter dem Namen

4 Johann Klarmann, *Die erneute Demütigung. Hamburgs Umgang mit dem ehemaligen Konzentrationslager Neuengamme 1945 bis 1985*, Berlin 2013; Detlef Garbe, »Das Konzentrationslager Neuengamme und Hamburgs Umgang mit dem historischen Erbe«, in: KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hg.), *Konzentrationslager Neuengamme: Geschichte – Nachgeschichte – Erinnerung. Katalog der Ausstellungen*, Bd. 1, Hamburg 2014, S. 9–49.

›Jugendanstalt Vierlande‹ als Jugendgefängnis genutzt, danach als geschlossene Vollzugsanstalt.

1981 wurde in direkter Nachbarschaft zum Mahnmal ein sogenanntes Dokumentenhaus mit der Ausstellung »Arbeit und Vernichtung«⁵ eröffnet. Dies fiel in eine Zeit, in der die nun auf breiter öffentlicher Ebene beginnende Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus mit großem Engagement vorangetrieben wurde; als Stichworte seien die mediale Erschütterung durch die Fernsehausstrahlung des US-Epos »Holocaust«, die Geschichtswettbewerbe, alternative Stadtrundfahrten, die Gründung von Geschichtswerkstätten und Gedenkstätteninitiativen genannt. Das war auch im Dokumentenhaus spürbar. Die Besucherzahlen wuchsen stetig.

Der Hamburger Lehrer Hermann Kaienburg, zugleich Vorsitzender der ›Initiative Dokumentationsstätte KZ Neuengamme (INDONEU)‹, wandte sich damals mit der Idee eines Forschungsprojekts zur Geschichte des Stammlagers Neuengamme, das insbesondere Recherchen in ausländischen Archiven und die Erhebung von Interviews mit ehemaligen Häftlingen vorsah, an Jan Philipp Reemtsma. Von 1983 bis 1989 übernahm das Hamburger Institut für Sozialforschung (HIS) die Förderung mit Personal- und Sachkosten. Auf dieser Basis konnte Hermann Kaienburg seine Studie *Vernichtung durch Arbeit* realisieren, die bis heute mit ihren Schwerpunkten auf den Wirtschaftsbestrebungen der SS und den Häftlingseinsätzen in SS-eigenen Betrieben wie den Deutschen Erd- und Steinwerken als Standardwerk zu den Arbeits- und Existenzbedingungen der Häftlinge im KZ Neuengamme gilt.⁶

5 Die vom Hauptkustos des Museums für Hamburgische Geschichte Ulrich Bauche und dem ersten Leiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme Ludwig Eiber kuratierte Ausstellung stellte trotz des begrenzten Raumes ein großes Informationsangebot bereit; vgl. Ulrich Bauche u. a. (Hg.), *Arbeit und Vernichtung. Das Konzentrationslager Neuengamme 1938–1945. Katalog zur ständigen Ausstellung im Dokumentenhaus der KZ-Gedenkstätte Neuengamme*, 2., überarbeitete Aufl., Hamburg 1991.

6 Hermann Kaienburg, »*Vernichtung durch Arbeit*«. *Der Fall Neuengamme. Die Wirtschaftsbestrebungen der SS und ihre Auswirkungen auf die Existenzbedingungen der KZ-Gefangenen*, Bonn 1990.

In diese Zeit fiel außerdem die Kooperation mit der seinerzeit von Reemtsma ebenfalls geförderten Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts (bis 1986: Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik). Im Geleitwort zur ersten Ausgabe von 1999. *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts* setzte Reemtsma der kurz zuvor von Martin Broszat, dem Direktor des Münchener Instituts für Zeitgeschichte, geäußerten Forderung nach einer »Historisierung des Nationalsozialismus« das »Gefühl für die historische Einmaligkeit« entgegen. Gerade weil die historische Forschung nicht der politischen oder moralischen Wertung zu unterwerfen sei, gelte es, ihr »immer wieder das Antidot der Enthistorisierung zu verabreichen.«⁷

In einem Interview mit dem *Hamburger Abendblatt* fasste Reemtsma sein »Plädoyer zur Enthistorisierung« in folgende Worte: »Die große Erfahrung der Zeit von 1933 bis 1945 ist, dass eine Zivilisation buchstäblich im Handumdrehen kollabieren kann und sich die manifeste Barbarei in einer scheinbar weiter normal funktionierenden Gesellschaft etablieren kann. Neuengamme ist von der Hamburger Innenstadt mit dem Auto in einer halben Stunde zu erreichen. Die Deportation der Juden, die auf der Moorweide warten mussten, fand vor aller Augen statt. Daraus, und das ist die Aufgabe, lässt sich etwas gewinnen. Nämlich Empfindlichkeit, Nervosität, Achtsamkeit, Aufmerksamkeit.«⁸

Angesichts der defizitären Ausstattung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme entschloss sich Reemtsma Ende der achtziger Jahre zu einem die Öffentlichkeit suchenden Einsatz, was seinerzeit noch durchaus ungewohnt für ihn war. Immer wieder hatten die für die Belange der Gedenkstätte engagierten Verbände, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der Landesjugendring, politische und kirchliche Gruppen auf die unzureichenden räumlichen und personellen Bedingungen im Dokumentenhaus Neuengamme hingewiesen, das inzwischen jährlich von rund 50.000 Personen, darunter ungefähr zur Hälfte Schülerinnen und Schüler, aufgesucht wurde. Zwar waren 1984 durch zivilgesellschaftli-

7 Jan Philipp Reemtsma, »abgesehen von«, in: 1999. *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts* 1 (1986), S. 2f. (Zitat S. 3).

8 »Geschichte ist keine Lektion, die man abspulen könnte«, Interview von Matthias Gretzschel mit Jan Philipp Reemtsma, in: *Hamburger Abendblatt* vom 13.6.2014.

ches Engagement der Erhalt des vom Verfall und Abriss bedrohten Klinkerwerks und der Denkmalschutz⁹ erstritten worden, doch bestanden zahlreiche Missstände fort. Ein von Kultursenatorin Helga Schuchardt einberufenes ›Internationales Symposium zur zukünftigen Gestaltung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme‹ kam 1987 zu dem Schluss, dass die historische Bedeutung und die pädagogischen Aufgaben eine erheblich bessere personelle, räumliche und finanzielle Ausstattung erforderten. Dem Senat wurde außerdem empfohlen, mittel- bzw. langfristig die beiden auf dem KZ-Gelände gelegenen Strafanstalten zu verlegen. Aus dem Kreis ehemaliger Häftlinge war zur Frage der Finanzierbarkeit zudem der Vorschlag geäußert worden, dass »die Firmen, die in den Kriegsjahren an der Ausbeutung der Häftlingsarbeitskraft verdient haben«, aufgefordert werden sollten, »ihren Teil für die Finanzierung beizutragen«.¹⁰ Zu der Idee, die benötigten Mittel durch eine für diesen Zweck einzurichtende internationale Stiftung aufzubringen, erklärte ein Vorstandsmitglied der INDONEU, wenn es diesem Land nicht möglich sei, am Ort eines der größten auf seinem Territorium gelegenen Konzentrationslager eine angemessene Gedenkstätte einzurichten, »dann solle man lieber noch einmal zehn Jahre warten, bis die politischen Voraussetzungen und der erforderliche Bewußtseinswandel erreicht seien«.¹¹

Zwar stellte der Nachfolger Schuchardts, Senator Prof. Ingo von Münch, zugleich für die FDP zweiter Bürgermeister Hamburgs, 1988 den Ausbau eines Teiles des Klinkerwerks, des ehemaligen Maschinenhauses, für Gruppen- und Filmräume, Bibliothek und Archiv in Aussicht, verwies aber darauf, dass die Finanzierung derzeit nicht gesichert sei

9 Der Beschluss zum Denkmalschutz enthielt ausdrücklich die Festlegung, »die Zeugnisse der Vergangenheit in Neuengamme zu erhalten, aber nicht museal zu gestalten«; Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft: Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Neuengamme, Drucksache 11/2026 vom 14.2.1984, S. 1, Parlamentsdokumentation.

10 Kulturbehörde Hamburg (Hg), *Protokoll: »Symposium KZ-Gedenkstätte Neuengamme« 31. August – 1. September 1987 in Hamburg*, Hamburg 1987, S. 16 (Debattenbeitrag von Emil Heitmann).

11 Ebenda, S. 15 (Debattenbeitrag von Detlef Garbe).

und deshalb »zunächst einmal außerhalb des Hamburger Haushalts gesucht« werden müsse.¹²

Dies war auch Thema bei einem Besuch des Kultur- und Wissenschaftssenators im Hamburger Institut für Sozialforschung. Der Vorstand des Instituts sah in der Anfrage die Chance, »die Stadt Hamburg auf jene Verantwortung hinzuweisen, der sie sich in der Vergangenheit immer wieder zu entziehen versucht hat«.¹³ Nach dem Treffen übersandte Reemtsma von Münch einen Vorschlag für eine mehrjährige konzeptionelle Planung und die Einbindung verschiedener Geldgeber. Das Konzept basierte auf der Idee, sich gemeinsam mit der Bitte um finanzielle Unterstützung an jene Firmen und öffentlichen Einrichtungen zu wenden, die in den Kriegsjahren Nutzen aus der Zwangsarbeit der Neuengamme-Häftlinge gezogen hatten. Nach der Absage des Kulturssenators realisierten das HIS und die ebenfalls von Reemtsma getragene ›Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur‹ den Appell an die einstigen Nutznießer in Eigeninitiative. Auf die Frage der *Zeit*, weshalb er sich nicht an dem Konzept beteiligen können, antwortete Ingo von Münch: »Die Firmen werden sich an den Pranger gestellt fühlen und werden glauben, sie müssten sich rechtfertigen.«¹⁴

Für den 31. August 1988 – an diesem Tag jährte sich der Abschluss des Kaufvertrags für die für den Lageraufbau erforderlichen Flächen in Neuengamme durch die SS-eigenen Deutschen Erd- und Steinwerke zum fünfzigsten Mal – lud Jan Philipp Reemtsma zu einer Pressekonferenz. Am 30. August gab die Staatliche Pressestelle eine Erklärung des Ersten Bürgermeisters Henning Voscherau und seines Vertreters Ingo von Münch heraus, die auf den besonderen Jahrestag Bezug nahm. Ohne sich zu konkreten Vorhaben zu äußern, bekannten sich die beiden Bürgermeister zur historischen Verpflichtung: »Wir sind uns der Ver-

12 Ingo von Münch, Schreiben an die Initiative Dokumentationsstätte KZ Neuengamme vom 29.6.1988, in: Archiv der KZ-Gedenkstätte Neuengamme (AGN), Ng. 9.5.1.19.

13 Jan Philipp Reemtsma, Schreiben an den Zweiten Bürgermeister Ingo von Münch vom 1.8.1988, in: AGN, Ng. 9.5.1.19.

14 Zitiert nach Viola Roggenkamp, »Den ›Fluch‹ schnell vergessen. Wie die Erinnerung an die Opfer des KZ Neuengamme immer wieder verdrängt wird«, in: *DIE ZEIT* vom 1.6.1989.

antwortung bewußt, die Gedenkstätte würdig zu gestalten und als ihre Aufgabe zu definieren, der Opfer zu gedenken und historisch-politische Bildungsarbeit zu leisten.«¹⁵

Bei der Pressekonferenz am Folgetag nahm wiederum Reemtsma in einer »Persönlichen Erklärung« darauf Bezug. Es sei ein »besonderes Signal«, dass »der Erste und Zweite Bürgermeister sich am gestrigen Tage zu ihrer Verantwortung erklärt haben, die Gedenkstätte Neuengamme zu einem würdigen Ort des Gedenkens der Opfer, einem Ort der historischen Aufklärungsarbeit und politischen Debatte zu machen und dementsprechend auszubauen«.¹⁶ Reemtsma, der bei der Pressekonferenz zusammen mit Ida Ehre und Ralph Giordano auftrat, verwies auf die breite Unterstützung, die das nunmehr der Öffentlichkeit präsentierte Konzept bei der AIN, der Arbeitsgemeinschaft Neuengamme, der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten, der jüdischen Gemeinde Hamburgs, der Rom und Cinti Union und der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes gefunden habe. Auch erste Rückmeldungen aus Kultur und Politik belegten die positive Aufnahme, so hätten Axel Eggebrecht, Günter Gaus und Rolf Hochhuth ihre Unterstützung erklärt. Besonders bemerkenswert sei die Zusage des Ernst Deutsch Theaters, »den Erlös je einer Aufführung von jedem seiner Stücke für den Ausbau der Gedenkstätte zur Verfügung zu stellen«.¹⁷

Die Grundidee des Konzepts hatte Reemtsma zu Beginn seiner persönlichen Erklärung in zwei Sätze gefasst: »Man trägt Verantwortung für sein Handeln und dessen Konsequenzen. Und man trägt Verantwortung für die Konsequenzen vergangenen Handelns, wenn die eigenen Handlungsmöglichkeiten Konsequenzen aus diesem vergangenen Handeln sind.«¹⁸ Deshalb sollten sich auch die städtischen Institutio-

15 Presseerklärung der Staatlichen Pressestelle vom 30.8.1988, in: AGN, Ng. 9.5.1.19.

16 Jan Philipp Reemtsma, »Persönliche Erklärung vom 31.8.1988«, Materialien für die Pressekonferenz am 31. August 1988, in: AGN, Ng. 9.5.1.19.

17 Ebenda.

18 Ebenda; die Persönliche Erklärung wurde in einer gekürzten und leicht überarbeiteten Fassung vom Februar 1989 veröffentlicht in: Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur (Hg.), *Industrie, Behörden und Konzentrationslager 1938–1945. Reaktionen 1988/1989*, 5. Aufl., Hamburg 1990, S. 4.

nen ihrer Verantwortung stellen: »Der Präses der Kulturbehörde sollte ferner jene Behörden, die in besonderer Weise die Verantwortung der Hansestadt repräsentieren, sowie jene Institutionen und Unternehmen in und außerhalb der Hansestadt, in denen und für die Häftlinge des Konzentrationslagers Neuengamme und der ihm zugeordneten Außenlager Zwangsarbeit leisten mußten ... bitten, die benötigten Gelder für die Erhaltungs- und Ausbauarbeiten am ›Klinkerwerk Hamburg‹ aufzubringen.«¹⁹ Genannt wurden die Hamburger Behörden mit den Zuständigkeiten für Wirtschaft, Innen, Bau, Schule, Justiz und Finanzen, ferner die Bundesbahn und die Bundeswehr sowie die Firmen Blohm und Voss, Continental, Dräger, Dresdner Bank, Hamburgische Electricitäts-Werke, Howaldtswerke-Deutsche Werft, Hochtief, Jastram, Junghans, Krupp, MAN, Philipp Holzmann, Philips-Valvo, August Prien, Rheinmetall, Salzgitter AG, Varta, Volkswagen, Carl Walther, Wayss&Freytag sowie die Städte Bremen und Kiel.

Da die Stadt sich nicht an der entsprechenden Bitte um Unterstützung beteiligen wollte, schrieb Reemtsma die genannten Adressaten persönlich an. Zugleich lud die Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur über den Kreis der bisherigen Unterstützer hinaus weitere zivilgesellschaftliche Organisationen wie die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, das Institut für Lehrerfortbildung, den Landesjugendring und nun auch die Gedenkstätte und die INDONEU zu Arbeitsgesprächen ein. Dabei fand das Vorgehen Reemtsmas breite Zustimmung. Es sei die richtige Antwort gewesen, auf die städtische Bitte um Unterstützung mit einem Vorschlag für ein gemeinsames Engagement zu reagieren, denn die Stadt könne ihre eigene Verantwortung nicht einfach abwälzen und dieses Thema zu einer Angelegenheit von Mäzenatentum erklären.

Tatsächlich waren bis dahin fast alle Anstöße zur Aufarbeitung ohne die Stadt erfolgt. Das mit dem Namen des ersten Generalsekretärs der AIN, Hans Schwarz, verbundene Archiv zur Geschichte des KZ Neuengamme war seit den fünfziger Jahren durch ehemalige Häftlinge und

19 »Konzept ›Über die Zukunft der Gedenkstätte Neuengamme. Eine Empfehlung an die Kulturbehörde«, in: Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur (Hg.), *Industrie, Behörden und Konzentrationslager*, S. 5–10.

ihre Angehörigen zusammengetragen worden. Bis zur Eröffnung des Dokumentenhauses 1981 hatten ehemalige Häftlinge, zuletzt auch Ehrenamtliche des Arbeitskreises ›Alternative Stadtrundfahrten‹ des Landesjugendrings sämtliche Führungen von Schulklassen und Gruppen durchgeführt. Den Rundweg um das ehemalige KZ-Gelände legten 1982/83 Teilnehmende internationaler Workcamps an, die ebenfalls der Landesjugendring veranstaltete. Zivilgesellschaftliche Initiativen verhinderten in dieser Zeit die weitere Beseitigung historischer Spuren, der Denkmalschutz wurde erst erklärt, als der ›Neuengamme-Appell‹ eine internationale Protestwelle ausgelöst und die INDONEU gemeinsam mit mehreren hundert Demonstrierenden das Gelände symbolisch besetzt und unter ihren Schutz gestellt hatten.²⁰

Eine Veranstaltung am 6. November 1988 in den Hamburger Kammerspielen brachte das Anliegen erneut in die Öffentlichkeit. Gerda Gmelin, Erwin Geschonneck und Friedrich Schütter lasen Erinnerungen ehemaliger Häftlinge und Dokumente über den Häftlingseinsatz in Firmen und für kommunale Zwecke. Zu dieser Lesung waren auch jene eingeladen worden, an die Reemtsma das Konzept und die Bitte um Unterstützung gerichtet hatte. Doch es wohnten nur Vertreter der Firma Dräger und der Hamburgischen Electricitäts-Werke (HEW) der Lesung im vollbesetzten Theatersaal bei.

Eine kurz danach herausgegebene Stellungnahme des Senats anlässlich des fünfzigsten Jahrestags der Novemberpogrome von 1938, die mit einer Absichtserklärung zur baulichen Sanierung des Klinkerwerks und der Einrichtung eines ›Ortes stillen Gedenkens‹ in Neuengamme den guten Willen des Senats dokumentieren sollte, löste gegenteilige Effekte aus. »Der weihevollere Ton brachte dem Senat keine Freude«, so berichtete die *Frankfurter Rundschau* unter der Überschrift »Manche möchten um Neuengamme nur Stille«²¹ in einem Artikel über die Resonanz auf die Initiative ›Über die Zukunft der Gedenkstätte Neuengamme‹.

20 Karsten Plog, »Ehemaliges KZ Neuengamme wird symbolisch besetzt. Früherer Kultursenator Tarnowski wirft Senat peinliches Zögern und Taktieren vor«, in: *Frankfurter Rundschau* (FR) vom 28.1.1984.

21 Ders., »Manche mögen um Neuengamme nur Stille«, in: FR vom 9.11.1988.

Die Fassungslosigkeit in Teilen der Öffentlichkeit nahm noch zu, als zeitgleich Absichten der Justizbehörde bekannt wurden, einen 1983 zur Entlastung der Unterbringungsbedingungen errichteten Neubau um weitere Einzelhaftgebäude zu ergänzen, die ebenfalls am Rande bzw. auf dem ehemaligen Appellplatz realisiert werden sollten.²² Erneut folgten internationale Proteste.

Dieses Thema überlagerte auch einen Senatsempfang und eine dreitägige Konferenz, die im Dezember 1988 zum fünfzigsten Jahrestag der Errichtung des KZ Neuengamme stattfanden. Bei der von ihm ausgerichteten Konferenz trat Reemtsma gemeinsam mit dem AIN-Vorstand bei einer Podiumsdiskussion am 12. Dezember auf und zog dort eine erste, ziemlich ernüchternde Bilanz seiner Aktivitäten der vergangenen Monate.²³ Die überwiegende Mehrzahl der angesprochenen Firmen lehnte die Übernahme einer aus der Geschichte bzw. ihrer Rechtsnachfolge resultierenden besonderen Verantwortung ab, sie verwiesen auf die Zuständigkeit der öffentlichen Hand oder reagierten schroff und bezeichnend ablehnend. Andere blieben eine Antwort schuldig, nur drei Unternehmen stellten positive Antworten in Aussicht. Der bei der Veranstaltung anwesende Pressesprecher des Lübecker Drägerwerks sagte eine finanzielle Beteiligung und die Einladung einer Gruppe ehemaliger Häftlinge zu, die 1944/45 im Zweigwerk in Hamburg-Wandsbek eingesetzt gewesen waren.

Bereits am Vormittag des gleichen Tages ließ sich Justizsenator Wolfgang Curilla in einem langen Gespräch mit den aus Belgien, Dänemark, Frankreich und Ungarn angereisten Vorstandsmitgliedern der AIN umstimmen. Er deutete den Verzicht der vorgesehenen Neubauten direkt auf dem ehemaligen Lagergelände an und brachte einen Standort »auf

22 »Ein Rückschritt: Anträge der Kulturbehörde auf Ausbau des Klinkerwerks abgelehnt! Gleichzeitig plant die Justizbehörde weitere Gefängnisbauten auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers! Stellungnahme der Initiative Dokumentationsstätte KZ Neuengamme zu dem anlässlich des 50. Jahrestags der Reichspogromnacht gefassten Senatsbeschluss«, November 1988, in: AGN, Ng. 9.5.1.19.

23 Ute Scheub, »Von der ›Gnade der späten Akquisition‹. Reemtsma erntet Hohn«, in: *die tageszeitung (taz)* vom 13.12.1988.

der anderen Seite der Straße« ins Gespräch.²⁴ Monate später zog die Justizbehörde ihre Neubaupläne ganz zurück.

1989 folgte auch umfangreichere Auswertung der Initiative Reemtsmas. Wie im Konzept vorgesehen, waren 32 Unternehmen und städtische Institutionen (oft mehrfach) angeschrieben worden, von 22 der Angeschriebenen gingen Antwortschreiben bei Reemtsma ein. Aus diesen Briefen und ihrer Kombination mit historischen Dokumenten, die den jeweils aus der Zwangsarbeit gezogenen Nutzen bezeugten, entstand die Ausstellung »Industrie, Behörden und KZ Neuengamme – Reaktionen 1988/89«.

Die Erstpräsentation der aus neunzehn großformatigen und neun kleineren Tafeln bestehenden Dokumentation fand anlässlich der Hannover-Messe, die Bundeskanzler Helmut Kohl mit einer Rede zum Thema »Herausforderung annehmen – Zukunftschancen nutzen« eröffnete, im April 1989 in räumlicher Nähe zu mehreren Hannoveraner Außenlagern im DGB-Haus und Freizeithaus Stöcken unter der Schirmherrschaft von Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg statt. Im Vorfeld der Präsentation in Hamburg – vom 7. bis 28. Juni 1989 im Hamburger DGB-Haus unter der Schirmherrschaft des Ersten Bürgermeisters Henning Voscherau – gab es einige Aufregung. Denn die ursprüngliche Absicht, die Ausstellung in der Handelskammer zu zeigen, scheiterte. Nach dem zunächst auf Termingründe verwiesen worden war, erklärte die Kammer auf Nachfrage, dass sie nicht an der Präsentation einer Ausstellung über die Verstrickung ihrer Mitglieder in ein »dunkles Kapitel der Geschichte« interessiert sei.²⁵

Eine Woche nach der Eröffnung im Gewerkschaftshaus folgte in Hamburg die einer weiteren der Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur unter dem Titel »Konzentrationslager in Hamburg – Ansichten 1990«. Im Museum für Hamburgische Geschichte wurden hier Berichte, Dokumente und zeitgenössische Photos der fünfzehn Außenlager des KZ Neuengamme in Hamburg erstmals gemeinsam mit aktuellen Photos der Örtlichkeiten und – so noch vorhanden –

24 Horst Schüler, »Neubau nicht auf ehemaligem KZ-Gelände«, in: *Hamburger Abendblatt* vom 13.12.1988.

25 Ders., »Handelskammer lehnt KZ-Ausstellung ab«, in: ebenda vom 6.8.1989.

ehemaliger Lagergebäude und anderer baulichen Relikte gezeigt. Auf diese Weise sollten bis dahin aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwundene, teilweise überbaute oder zugewachsene Areale wieder sichtbar gemacht werden. Die gleiche Absicht verfolgte auch ein Tafelprogramm des Denkmalschutzamtes zu den »Stätten von Verfolgung und Widerstand 1933–1945«, doch waren, wie Hauptkustos Prof. Ulrich Bauche im Begleitheft zur Ausstellung feststellen musste, zunächst nur »knapp die Hälfte der vorgesehenen Stätten« gekennzeichnet worden, »hauptsächlich weil Grundeigentümer, Unternehmer und auch Behörden sich dagegen wehren«.²⁶

Während diese Photoausstellung nur auf geringe Resonanz stieß, bewegte die auf Wanderschaft geschickte Ausstellung »Industrie, Behörden und Konzentrationslager« die Gemüter. An Hamburg schlossen sich im Juli Stationen in Bremen (unter der Schirmherrschaft des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft), im September in Heidelberg, im Januar/Februar 1990 in der KZ-Gedenkstätte Dachau, vom April bis Juli in Neuengamme, im September in Kassel (unter der Schirmherrschaft von Oberbürgermeister Hans Eichel), im Oktober im Rathaus Schöneberg (eröffnet durch Berlins Bürgermeisterin Ingrid Stahmer), im November im Kieler Landeshaus (unter der Schirmherrschaft der Landtagspräsidentin) und bis Anfang 1991 in der Alten Synagoge Essen an. Ihren Abschluss fand die Wanderausstellung im Januar 1991 in der Frankfurter Paulskirche unter der Schirmherrschaft von Oberbürgermeister Volker Hauff.

Zwar war das Vorhaben im Blick auf die erwartete Verantwortungsübernahme und die erwünschte Unterstützung gescheitert, doch angesichts der öffentlichen Resonanz war die »Bitte und ihre Folgen« nicht vergeblich. Denn die Antworten, in denen die meisten Firmen beredt über die Motive ihrer Ablehnung Auskunft gaben, offenbarten das Denken in den Chefetagen in jenem Jahrzehnt, in dem eine junge Geschichtsbewegung vielerorts Spuren der nationalsozialistischen Vergan-

26 Museum für Hamburgische Geschichte / Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur (Hg.), *Konzentrationslager in Hamburg – Ansichten* 1990, Hamburg 1990, S. 2.

genheit offenlegte und in dem der die geistig-moralische Wende proklamierende Kanzler in Bitburg und anderswo die Deutschen mit ihrer Geschichte versöhnen wollte. Zudem warfen die Schreiben Schlaglichter auf die westdeutsche Identität, kurz bevor der Eiserner Vorhang fiel und Deutschland von der Euphorie der Vereinigung erfasst wurde.

Reemtsma verstand die Schreiben als sozialpsychologische Studie, entdeckte in vielen nicht nur Verstocktheit und Schuldabwehr, sondern auch bodenloses Gerede und Zynismus bis hin zu pathologischen Kommunikationsverzerrungen, wenn etwa Blohm+Voss nach dem Verweis auf eine prekäre Finanzlage und »die in den letzten Jahren aufgelaufenen Verluste« hinzufügte: »Wir werden unsere bisherige Förderung des Museumshafens Övelgönne fortsetzen, können aber neue Verpflichtungen nicht auf uns nehmen.«²⁷

In einer Rede »Aus diesem Grunde daher – Deutschland in seinen eigenen Worten«²⁸ am 12. Juni 1989 in der Patriotischen Gesellschaft zu Hamburg hielt Reemtsma der sogenannten besseren Gesellschaft den Spiegel vor. Dabei begann er mit dem Eingeständnis: »Ich bin hereingefallen. Ich habe mit ihnen Zivilisation spielen wollen, aber sie haben was Besseres vorgehabt. Sie haben nicht mitgespielt, sondern ernstgemacht.«²⁹ Der Bitte, sich aus der historischen Verantwortung heraus am Ausbau der Gedenkstätte zu beteiligen, war mit Entgegnungen, Verweisen auf neue Besitzverhältnisse und die Verantwortung des Staates sowie mit Bestreitung von unbestreitbaren Tatsachen begegnet worden: »So viel Aufwand an Lüge, um zu leugnen, was man allenthalben in Handbüchern nachlesen kann? Aber daneben dies selbstbewußte ›wir‹, das wir-sind-wieder-wer.«³⁰

27 Blohm+Voss AG, Vorstand, 15.11.1988, veröffentlicht in: Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur (Hg.), *Industrie, Behörden und Konzentrationslager*, unpag.

28 Jan Philipp Reemtsma, »Aus diesem Grunde daher«, in: Gesamthochschule Kassel, Wissenschaftliches Zentrum II für Psychoanalyse, Psychotherapie und psychosoziale Forschung (Hg.), *Von der Liebe zur Nation. Zur Politik kollektiver Identifizierung. Fragmente* [= Schriftenreihe zur Psychoanalyse, Nr. 32/33, Juni 1990], S. 255–276.

29 Ebenda, S. 255.

30 Ebenda, S. 258.

Der Gestus des Anklägers habe ihm in seinen Schreiben ferngelegen. Zu seiner Motivation und zugleich Legitimation erklärte er, dass er »nur und zwar als Bürger Hamburgs und Sohn eines Mannes, der als der inoffizielle Wirtschaftsberater des ›Reichsstatthalters‹ für Hamburg, Karl Kaufmann, gegolten hat, von einer gemeinsamen Verantwortung und einer besonderen einiger Individuen, Institutionen und Firmen geschrieben [habe] und von einer symbolischen Geste der Anerkennung dieser Verantwortung.«³¹ Handlungen haben Folgen, dies begründe Verantwortung: »Man hat für das, was man tut, man hat für die Folgen seines Tuns einzustehen ... Und man trägt auch Verantwortung für das Handeln anderer, wenn die Folgen dieses Handelns die eigenen Handlungsmöglichkeiten beeinflussen.«³²

Dies sei nicht verstanden worden, vielmehr habe sich in den Antworten Peinlichkeit an Peinlichkeit gereiht, etwa wenn der Vorstand der Varta Batterie AG, die unter dem Namen Accumulatoren-Fabrik seit 1943 über 1.500 KZ-Häftlinge in der Fertigung von U-Boot-Batterien unter widrigsten Bedingungen eingesetzt hatte (402 Tote sind registriert), mitteilen ließ: »Ihr Konzept über die Zukunft der Gedenkstätte Neuen-gamme spricht uns an. Wir erlauben uns daher, Ihnen einen Scheck über 5.000 DM zur Förderung Ihres Vorhabens beizufügen, und überlassen es gern Ihnen, diese Spende in unserem Namen nach Ihrem Gutdünken zu verwenden.«³³ Auf Reemtsma Rückfrage, ob hier vielleicht ein bedauerlicher Irrtum vorliege, erhielt er die Bitte um eine Spendenbescheinigung. So ist, was in Reemtsmas Rede wie Sarkasmus klingt, letzten Endes eine nüchterne Feststellung: »Wir sind wieder wer«, und es graust ihnen vor nichts. Nicht einmal vor sich.«³⁴

Im Ausstellungskatalog, der 1991 veröffentlicht wurde, stellte Reemtsma seiner Rede eine Vorbemerkung mit Bezug zum aktuellen

31 Ebenda, S. 260.

32 Ebenda, S. 266.

33 Varta Batterie Aktiengesellschaft, Vorstand, 31.10.1988, veröffentlicht in: Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur (Hg.), *Industrie, Behörden und Konzentrationslager*, unpag. Die Bitte um Spendenbescheinigung quittierte Reemtsma mit der Rücksendung eines Verrechnungsschecks über den gleichen Betrag.

34 Reemtsma, »Aus diesem Grunde daher«, S. 262.

Zeitgeschehen voran. Er bezeichnete es als puren Zufall, dass die in der Ausstellung dokumentierten Antwortbriefe auch Auskunft »über das Fundament, auf das dieses neue Deutschland, dieser vierte Versuch, gestellt wird«, geben konnten.³⁵ Im ebenfalls neu hinzu gefügten Schlussabsatz resümiert er, dass »auf diesem Grunde« nun ein »neues großes Deutschland errichtet« werde, »und man hält ihn landauf-landab für einen zureichenden. Ich bin noch einmal der Dumme: bodenlos habe ich das Gerede genannt, aber es ist fundamental gewesen.« Und er schließt mit den Worten: »Nun ist Deutschland wieder erwacht. Kein schöner Anblick.«³⁶

Ein Jahr später griff Reemtsma in einem Aufsatz über »Vergangenheit als Prolog« den Gedanken auf und stellte ihn in einen Zusammenhang politischer Theorien über die Genese der Shoah: In den Reaktionen auf seine Initiative 1988/89 scheine auch etwas auf, was für die Erhellung der »Keimformen im Kleinen« von Erkenntniswert sei. Das Zentralmotiv der Absagen sei stets die »Leugnung institutioneller Verantwortung« gewesen. Dabei sei es nicht allein um die »Fortexistenz einer wirtschaftlichen Führungselite bzw. ihrer ökonomisch-politischen Erbgemeinschaft« gegangen,³⁷ sondern im tieferen Kern um die Abwehr der Wirklichkeit. Dies zeige sich etwa darin, wenn bei der Frage nach der Anerkennung von Verantwortung – wie in Schreiben der Firma Continental geschehen – darüber schwadroniert werde, ob der Bezug zum KZ Neuengamme »allenfalls verwaltungstechnischer Art gewesen sein« könne.³⁸ Es seien solche Reaktionen einer »postnationalsozialistischen Verlogenheit«, die ihn auf die Frage, ob er »Angst vor einer Wiederholung« habe, mit »Ja« antworten lasse: »Ich denke dabei nicht an eine Wiederholung, die die klassische Schauergeschichte uns präsentiert. Da

35 Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.), *Aus diesem Grunde daher. Deutschland in seinen eigenen Worten. Eine Bitte und ihre Folgen*, Dokumentation der Ausstellung von Hans Andree u. a., Hamburg 1991, S. 8.

36 Ebenda, S. 19.

37 Jan Philipp Reemtsma, »Vergangenheit als Prolog«, in: *Mittelweg* 36 1 (1992) 3, S. 21–38 (Zitat S. 33).

38 Continental AG, Leiter der Öffentlichkeitsarbeit, 23.1.1989, veröffentlicht in: Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur (Hg.), *Industrie, Behörden und Konzentrationslager*, unpag.

kommt nichts aus dem Keller. Ich denke an die Mentalität, die die selbstverschuldete Unaufgeklärtheit über die Geschichte der Destruktivität in unserer Zivilisation, speziell der deutschen Variante, verursacht hat.«³⁹ Und er meinte dabei jene Mentalität, in der »ein Verwaltungsmassaker an Millionen von Menschen eine Handlungsoption wurde«.⁴⁰

Als dieser Aufsatz erschien, hatten beim Hamburger Institut für Sozialforschung die Vorbereitungen für das Projekt »200 Tage und ein Jahrhundert« begonnen, in dessen Kontext die erste Ausstellung des HIS über die Verbrechen der Wehrmacht erarbeitet wurde. In der Konzeptskizze für das »Projekt 1995«, das den Rückblick auf das zwanzigste Jahrhundert unter dem Stichwort »Zivilisation und Barbarei« beabsichtigte, wurde die Notwendigkeit des Vorhabens auch damit begründet, dass »die Beschreibung der Vergangenheit immer die Beschreibung der Bedingungen ist, unter denen unser künftiges Handeln steht«.⁴¹ Dieser Gedanke knüpfte unmittelbar an das kleinere, heute weitgehend vergessene Vorgängerprojekt an.

Zwar war die Ausstellung »Industrie, Behörden und Konzentrationslager 1938–1945. Reaktionen 1988/89« auf ein höheres Maß an öffentlicher Aufmerksamkeit gestoßen, doch sagten insgesamt nur sehr wenige Firmen Unterstützung zu. Neben Dräger waren dies die HEW und Volkswagen. Zwar beteiligten sich alle drei genannten Unternehmen auch an anderen kleineren Projekten der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, so an der Finanzierung von Besuchsreisen ehemaliger Häftlinge, an Buchveröffentlichungen oder an einem 1992 bis 1994 international durchgeführten »Oral History Projekt«;⁴² ihre finanziellen Beteiligungen an der Initiative »Über die Zukunft der Gedenkstätte Neuengamme« blieben aber in einem sehr überschaubaren Rahmen. Das Spendenaufkommen stellte die Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur anschließend dem Freundeskreis KZ-Gedenkstätte Neuengamme zur Ver-

39 Reemtsma, »Vergangenheit als Prolog«, S. 35.

40 Ebenda, S. 38.

41 Bernd Greiner / Wolfgang Kraushaar / Jan Philipp Reemtsma, »Projekt 1995: Konzeptionelle Vorschläge«, in: *Bulletin* 1995, Beilage zu *Mittelweg* 36 1 (1992) 1, S. 54–57 (Zitat S. 55).

42 Vgl. Ulrike Jureit / Karin Orth, *Überlebensgeschichten. Gespräche mit Überlebenden des KZ Neuengamme*, mit einem Beitrag von Detlef Garbe, Hamburg 1994.

fügung, der die Mittel zur Anschaffung von Videotechnik und ein Ausstellungssystem für das Dokumentenhaus Neuengamme nutzte.

Das 1988 vorgelegte Konzept »Über die Zukunft der Gedenkstätte Neuengamme. Eine Empfehlung an die Kulturbehörde« sah neben dem »Erhalt des Klinkerwerkes« und dessen Entwicklung zu einem »Ort von Dokumentation und Forschung« ein jährlich auszurichtendes Symposium vor, dessen Finanzierung nach einem von der Behörde für Wissenschaft und Forschung vorbereiteten Auftaktsymposium durch wechselnde Träger erfolgen sollte. Nachdem das übergeordnete Vorhaben, gemeinsam an Behörden und Unternehmen mit der Bitte um Beteiligung am Ausbau der Gedenkstätte heranzutreten, durch den Senator für Kultur und Wissenschaft, Bürgermeister von Münch, abgelehnt worden war, hofften Reemtsma und das kleine Team, das er zur Unterstützung seiner Initiative zusammengestellt hatte, wenigstens die Symposien gemeinsam mit der Stadt realisieren zu können. So lud die Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur zu einer ersten internationalen Fachkonferenz ein, die am Beginn der Reihe von jährlich stattfindenden »Neuengamme-Symposien« stehen sollte. Die Konferenz »Wirtschaft und Konzentrationslager«, die der Vertiefung eines genauen, möglichst unverstellten Blicks auf die historischen Befunde diene, fand vom 8. bis 10. Juni 1989 im Hamburger Institut für Sozialforschung mit Fachleuten aus Deutschland, Österreich, Polen und der Tschechoslowakei statt. Auf Einladung der Stiftung fand im Anschluss an die Konferenz, deren Ergebnisse publiziert wurden,⁴³ am 20. November 1989 ein Gespräch mit der Kulturbehörde, der Universität Hamburg, dem Dokumentenhaus Neuengamme und der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus statt. Zwar gab es auf wissenschaftlicher Seite ein Interesse an der Fortführung eines derartigen Fachaustausches, doch scheiterte der Vorschlag einer jährlich wechselnden Trägerschaft der Symposien daran, dass sich auf städtischer Seite niemand in der Lage sah, die dafür erforderlichen finanziellen Ressourcen bereitzustellen.

43 Vgl. Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur (Hg.), »Deutsche Wirtschaft«. *Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen für Industrie und Behörden. Symposium »Wirtschaft und Konzentrationslager«*, Hamburg 1991.

Zeitgleich deutete sich 1989 aber ein grundsätzliches Umdenken des Senats in der Frage des Umgangs mit dem ehemaligen Konzentrationslager Neuengamme an. Dazu hatten sicherlich auch die durch Reemtsmas Initiative bewirkte Medienöffentlichkeit und Sensibilisierung für dieses Thema beigetragen, ausgelöst wurde das Umdenken aber durch zwei andere Entwicklungen. Zum einen hatte die Debatte um die vom Strafvollzugsamt in der Justizvollzugsanstalt Vierlande geplanten Neubauten erneut gezeigt, welche Probleme mit der Existenz von Gefängnissen auf dem ehemaligen KZ-Gelände verbunden waren. Nachdem der Erste Bürgermeister sich bei einem ausführlichen Rundgang in Neuengamme und Gesprächen mit Vertretern der AIN selbst ein Bild gemacht hatte, setzte Henning Voscherau, ansonsten eher in Distanz zum linken Flügel der Hamburger Sozialdemokratie, aber mit historischem Bewusstsein ausgestattet, gemeinsam mit Justizsenator Wolfgang Curilla gegen Widerstände im Senat einen wegweisenden Beschluss durch: Die seit 1948 den Bereich des ehemaligen Häftlingslagers nutzende Justizvollzugsanstalt Vierlande solle an einen anderen Standort verlagert werden, damit »die Würde dieser Stätte« nicht weiterhin durch Nutzung zu Vollzugszwecken »überschattet« bleibe.⁴⁴ Der Beschluss fand in den Gremien der Hamburger SPD in den folgenden Monaten nachhaltige Unterstützung und im Juni 1990 in der Hamburger Bürgerschaft bei Zustimmung der Grün-Alternativen Liste (GAL) und Ablehnung der CDU-Fraktion auch die notwendige Mehrheit.

Zum anderen erklärte Kultur- und Wissenschaftssenator von Münch unter dem Eindruck des Abschneidens rechtsradikaler Parteien bei der Europawahl am 18. Juni 1989 – die Republikaner des ehemaligen SS-Angehörigen Franz Schönhuber zogen mit 7,1 Prozent der Stimmen ins Europaparlament ein –, dass er die Modernisierung und den Ausbau der KZ-Gedenkstätte Neuengamme im Senat erneut zum Thema machen werde. Der Staat, so der von der FDP gestellte Zweite Bürgermeister, stehe in der »moralischen Pflicht«,⁴⁵ die offensive Auseinandersetzung

44 Presseerklärung der Staatlichen Pressestelle vom 17.7.1989, in: AGN, Ng. 9.5.1.19.

45 »Ausbau in Neuengamme. I. v. Münch: ›Spontaner Entschluß‹ wegen Wahlergebnis der Republikaner«, in: *taz* vom 21.6.1989.

mit dem Rechtsradikalismus zu suchen. Auch diese Position dürfte zum denkwürdigen Senatsbeschluss zur Gefängnisverlagerung beigetragen haben.

Zum 45. Jahrestag der Befreiung erklärte Bürgermeister Voscherau am 5. Mai 1990 in Neuengamme vor über 600 aus dem Ausland angereisten ehemaligen Häftlingen und deren Angehörigen: »Was falsch war, sollen wir so nennen – und endlich ändern. Der Senat und diese Stadt werden die Justizvollzugsanstalt Vierlande verlegen, werden die früheren Gebäude des Konzentrationslagers der Gedenkstätte zurückführen. Das ist nicht Wiedergutmachung, die kann es nicht geben. Es ist das Eingeständnis einer Unzumutbarkeit.«⁴⁶ In der CDU, die den Beschluss zur Gefängnisverlagerung auch weiterhin entschieden ablehnte, sah man dies anders: »Die Korrektur Jahrzehnte danach kann die historische Fehlentscheidung der Nachkriegsjahre nicht ungeschehen machen.«⁴⁷

Unter Voscheraus Vorsitz erarbeitete eine 1991 vom Senat berufene Kommission unter Beteiligung einer wissenschaftlichen Expertengruppe und der AIN ein Gesamtkonzept für eine umfassende Neugestaltung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme.⁴⁸ Eckpunkte der Empfehlungen bildeten der Abriss des 1950 errichteten Zellentrakts und des Einzelhaftgebäudes von 1983, die anschließende Sichtbarmachung der überbauten Barackengrundrisse, eine große Ausstellung in einem der beiden erhaltenen Häftlingsunterkünfte sowie ein ergänzendes ›Didaktisches Zentrum‹.

46 Abdruck der Rede in: Amicale Internationale de Neuengamme / Freundeskreis KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hg.), *45. Jahrestag der Befreiung von Nazifaschismus und Krieg. Dokumentation der Internationalen Manifestationen im Mai 1990: Neustadt – Neuengamme*, Neumünster 1991, S. 63–66 (Zitat S. 64f.)

47 Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft: Empfehlungen der Kommission KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Anlage 2: Stellungnahme der CDU in der Kommission zur Neugestaltung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Fridtjof F. O. Kelber, Kommissionsmitglied, 21.8.1992, Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Drucksache 14/3875 vom 6.4.1993, S. 6f. (Zitat S. 6), Parlamentsdokumentation.

48 Empfehlungen der Kommission zur Neugestaltung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, 21.8.1992, Hamburgische Bürgerschaft, Drucksache 14/3875 vom 6.4.1993, Parlamentsdokumentation.

Auch wenn es noch über ein Jahrzehnt bis zur Realisierung dieses Konzeptes dauern sollte, so war dies doch mehr, als es die Initiative ›Über die Zukunft der Gedenkstätte Neuengamme‹ 1988 angestrebt hatte. So richtig die Übernahme ihrer historischen Verantwortung durch die Freie und Hansestadt Hamburg war, so brauchten die Unternehmen, die im Nationalsozialismus Nutznießer der Zwangsarbeit von Häftlingen des KZ Neuengamme waren, ihrer besonderen Verantwortung nicht nachzukommen. Die Erben und diejenigen, die nun nach fünfzig Jahren die Geschäfte führten, hatten in ihren Antworten an Reemtsma mehrheitlich bezeugt, dass sie weder eine Veranlassung zur Unterstützung des Gedenkstättenausbaus noch zu einem symbolischen Zeichen sahen. Auch in Sachen Anstand und Moral handelten sie nach der Maxime: Privatisierung des Gewinns und Sozialisierung der Schuld.

Doch am erklärten Willen des Senats kamen in den neunziger Jahren ebenfalls immer wieder Zweifel auf. Zunächst gestaltete es sich sehr schwierig, innerhalb der Stadtgrenzen ein Ersatzgelände für einen Gefängnisneubau zu finden. Als dieses endlich in Billwerder gefunden wurde, gab es nicht nur aus Gründen des Naturschutzes, sondern auch darüber hinausgehende Widerstände im Bezirk Bergedorf, gefolgt von Finanzierungsproblemen, bei denen auf die nicht eingepplanten Kosten der deutschen Vereinigung verwiesen wurde.

Schließlich brachte die CDU, die sich im Übrigen für eine weitere Ausgestaltung der Gedenkstätte an ihrem bisherigen Ort aussprach, einen Antrag auf »endgültigen Verzicht auf die Verlagerung der Justizvollzugsanstalt Vierlande« in die Bürgerschaft ein.⁴⁹ Erst mit dem Regierungsbündnis aus SPD und GAL, das sich nach den Wahlen vom September 1997 bildete, kam wieder Bewegung in den Entscheidungsprozess. Bürgermeister Voscherau legte seinem Nachfolger Ortwin Runde die Einlösung des Senatsbeschlusses von 1989 noch einmal als besonders vordringliche Aufgabe ans Herz. In ihrem Koalitionsvertrag bekräftigten die beiden Regierungsparteien, am Ziel der Gefängnisverlagerung festhalten zu wollen. Nun wurden die Planungen seitens der Justiz- und der

49 Antrag der CDU-Fraktion: Endgültiger Verzicht auf die Verlagerung der Justizvollzugsanstalt Vierlande, Anstalt XII, Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Drucksache 15/6519 vom 4.12.1996, Parlamentsdokumentation.

Stadtentwicklungsbehörde zügig vorangetrieben. Doch insgesamt vergingen seit dem Verlagerungsbeschluss von 1989 mehr als zehn Jahre, ehe im Dezember 2000 der Grundstein für den Neubau einer Haftanstalt in Hamburg-Billwerder mit einem Kostenvolumen von 96,1 Millionen DM gelegt werden konnte, deren Errichtung die Voraussetzung für die Gefängnisverlagerung war.

Am Ende dieses langen Weges zeigte sich dann aber doch über alle Parteigrenzen hinweg Einvernehmen: Am 5. September 2001 beschloss die Hamburgische Bürgerschaft, die seit 1948 zu Haftzwecken genutzten KZ-Gebäude nach Fertigstellung des Gefängnisneubaus in die Gedenkstätte einzubeziehen. Diese sei entsprechend einem von der Kulturbehörde in Abstimmung mit der Gedenkstätte, der AIN sowie Kulturpolitikern und -politikerinnen aller Fraktionen fortgeschriebenen Gestaltungskonzept in den Jahren 2002 bis 2006 in drei Schritten mit Unterstützung des Bundes zu einem »Ausstellungs-, Begegnungs- und Studienzentrum« zu entwickeln.⁵⁰ In der historisch zu nennenden Debatte – nur zweieinhalb Wochen vor den Wahlen war diese Frage noch kurzfristig auf die Tagesordnung der letzten Bürgerschaftssitzung gesetzt worden – bekannten sich alle Parteien zu dem Konzept einer aktiven Erinnerungsarbeit. Die CDU-Abgeordnete Rena Vahlefeld unterstrich nachdrücklich die Notwendigkeit der Verlagerung, einen Weiterbetrieb der Justizvollzugsanstalt an diesem Ort bezeichnete sie als »unerträglich«.⁵¹ Der SPD-Abgeordnete Franklin Kopitzsch sah in der einvernehmlichen Zustimmung ein überaus »gutes Zeichen«, gerade angesichts der »Zweifel«, ob dies »bei der kommenden Bürgerschaft« genauso sein werde.⁵² Die Meinungsumfragen jener Tage sagten ein gutes Abschneiden der Partei Rechtsstaatlicher Offensive (Schill-Partei) unter ihrem Vorsitzenden, dem Richter am Amtsgericht Hamburg Ronald Barnabas Schill, voraus, die in Punkt 5 ihres Wahlprogramms die Forderung nach »Verhinderung der Schließung der völlig funktionsfähigen

50 Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft: Neugestaltung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Drucksache 16/6403 vom 2.-4.7.2001, Parlamentsdokumentation.

51 Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Plenarprotokoll 16/105 vom 5.9.2001, S. 5433, Parlamentsdokumentation.

52 Ebenda, S. 5431.

Anstalt« in Neuengamme erhob. Der GAL-Abgeordnete Martin Schmidt griff die CDU, die in den vorangegangenen fünfzehn Jahren gegen die Beendigung des Gefängnisbetriebs im ehemaligen KZ Neuengamme votiert hatte, scharf an. Mit Blick auf die anstehende Wahl fragte er: »Was werden Sie denn tun, falls Sie wirklich regieren sollten?«⁵³

Die CDU blieb in dieser Bürgerschaftssitzung, in der ihre Abgeordneten – wie sich im Nachhinein feststellen ließ – nach 44 Jahren zum vorerst letzten Mal die harten Oppositionsbänke einnehmen mussten, die Antwort nicht schuldig. In der anschließenden Abstimmung wurde die Vorlage, die für den Ausbau der Gedenkstätte Gesamtkosten in Höhe von 26 Millionen DM bei einer Bundesbeteiligung von 50 Prozent veranschlagte, durch die nahezu vollzählig versammelte Bürgerschaft auch mit den christdemokratischen Stimmen einstimmig verabschiedet.

Nur wenige Wochen nach den Wahlen vom 23. September 2001, die zu einer stark veränderten Sitzverteilung in der Bürgerschaft und zu einem Regierungswechsel geführt hatten, stand aber tatsächlich der zuvor erreichte Konsens wieder zur Disposition.⁵⁴ In der letzten Runde der unter Vorsitz des designierten Bürgermeisters Ole von Beust geführten Koalitionsverhandlungen von CDU, Schill-Partei und FDP am 13. Oktober wurde in den Beratungen zum Justizbereich »zu später Stunde« auch der Gefängnisbetrieb in Neuengamme thematisiert. Über das Ergebnis der Beratungen war in der *Welt* zu lesen: »Während der neue Senat den von seinem Vorgänger auf den Weg gebrachten Neubau der Justizvollzugsanstalt Billwerder weiter betreiben will, erteilte er der noch unter Bürgermeister Henning Voscherau beschlossenen Schließung der Anstalt Neuengamme auf dem ehemaligen KZ-Gelände eine definitive Absage. ›Trotz des hohen Symbolwertes und Diffamierungspotentials werden wir am Betrieb festhalten‹, so von Beust. Der ›Sündenfall‹, dort überhaupt ein Gefängnis einzurichten, liege Jahrzehnte zurück. Durch die

53 Ebenda, S. 5434.

54 Zum Folgenden vgl. Detlef Garbe, »Hamburgs Ruf ist gerettet«. Der Streit um die KZ-Gedenkstätte Neuengamme nach dem Hamburger Regierungswechsel«, in: *Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland* 7 (2002), S. 151–165.

Bewältigung der Vergangenheit sei der Weiterbetrieb ›nicht mehr taktlos‹. Zudem könne es sich die Stadt nicht leisten, auf 400 ›nach modernsten Gesichtspunkten‹ geführte Haftplätze zu verzichten.«⁵⁵

Diese Äußerungen sorgten für erhebliche Aufregung. Vor allem in Hamburg, aber auch bundesweit und international erhob sich eine Welle des Protestes. Noch am selben Tag kritisierte der noch amtierende Erste Bürgermeister Ortwin Runde die Pläne des zukünftigen Senats und erklärte, dass Hamburg »gegenüber den Opfern des KZ-Terrors im Wort« stehe.⁵⁶ Die ebenfalls noch im Amt befindliche parteilose Kultursenatorin Christina Weiss bezeichnete die Pläne als »skandalös und zynisch gegenüber den überlebenden Opfern«. Die CDU schein »bereit zu sein, alle Skrupel über Bord zu werfen und sich der Law-and-Order-Politik von Schill zu beugen«. Es drohe »dumpher, geschichtsloser Pragmatismus«. Ihre Erklärung endete mit den Worten: »Ich bin entsetzt und ich schäme mich für Hamburg.«⁵⁷ Der Präsident des Zentralrats der Juden, Paul Spiegel, äußerte in einem dpa-Interview sein außerordentliches Befremden darüber, dass die CDU »von ihrer früheren Position abgerückt« sei. Er wolle nicht hoffen, »dass die Schill-Partei hier auf dem Rücken der Erinnerungskultur ein Zeichen setzen will«.⁵⁸

In der Presse, in der die Gedenkstättenentwicklung in Neuengamme nun zum bestimmenden lokalpolitischen Thema wurde, stellte sich die Absicht der Koalitionsparteien, von der Schließung der Strafanstalt in Neuengamme Abstand zu nehmen, so dar, als sei Hamburgs kommender Bürgermeister bereit, sich auf dem sensiblen Feld der Vergangenheitspolitik dem Druck des nach seinem fulminanten Wahlergebnis bundes-

55 Ira von Mellenthin, »Mehr Polizeistreifen auf Hamburgs Straßen. Bürgerbündnis einig: 250 zusätzliche Angestellte in Uniform. Haftanstalt Neuengamme bleibt erhalten«, in: *Die Welt* vom 15.10.2001.

56 »Bürgermeister Runde kritisiert Pläne des neuen Senats«, Pressemitteilung der Staatlichen Pressestelle Hamburg vom 15.10.2001, in: AGN, Ordner: Presseberichte zur Auseinandersetzung 2001.

57 »Bürgerblock will Ausbau der KZ-Gedenkstätte Neuengamme rückgängig machen«, Pressemitteilung der Staatlichen Pressestelle Hamburg vom 15.10.2001, in: ebenda.

58 Paul Spiegel, »Kein Verständnis für Gefängnis auf ehemaligem KZ-Gelände«, dpa-Gespräch, dpa/Ino, vom 16.10.2001, in: ebenda.

weit mit Argwohn beäugten Richters Schill zu beugen. In seltener Einmütigkeit plädierte die Hamburger Presse dafür, den nach langen und schwierigen Diskussionen erreichten parlamentarischen Konsens in dieser für das geschichtliche Selbstverständnis der Stadt zentralen Frage nicht aufzukündigen. Auch angesehenere nationale und internationale Presseorgane wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, die *Zeit*, die *Times* und *Le Monde* sahen darin einen Skandal. Einige ausländische Stimmen fragten besorgt, ob in Deutschland unter dem Einfluss neuer »rechts-populistischer« Strömungen die erreichten hohen moralischen Standards im Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit wieder preisgegeben werden könnten.

Die Vehemenz der Proteste war nicht nur – und vielleicht sogar noch nicht einmal vorrangig – auf die Pläne der neuen Koalitionäre in Sachen Neugamme zurückzuführen. Es war vielmehr der Schock, dass die erst im Vorjahr gegründete Partei Rechtsstaatlicher Offensive, die den Namen Schill-Partei als ihre offizielle Abkürzung führte, bei den Bürgerschaftswahlen am 23. September 19,4 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten hatte. Einen solchen Stimmenzuwachs bei einer Landtagswahl hatte es zuvor noch nie gegeben (und sollte es erst 2016 mit den AfD-Ergebnissen in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt wieder geben). Damit stellte die Schill-Partei 25 von 121 Abgeordneten im Hamburger Landesparlament. Bei der vorangegangenen Bürgerschaftswahl vom 21. September 1997 war die Deutsche Volksunion (DVU) mit einem Ergebnis von 4,98 Prozent nur äußerst knapp an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert. Dem in der Boulevard-Presse als »Richter Gnadenlos« bekannt gewordenen Schill war es nun gelungen, nicht nur Unzufriedene aus der Anhängerschaft der großen Parteien und der Nichtwählerschaft, sondern die Stimmen rechtsaußen zu mobilisieren und dadurch die politischen Gewichte in Hamburg grundlegend zu verschieben. Die CDU lag mit 26,2 Prozent Stimmenanteil und 33 Abgeordneten nicht sehr weit vor der neuen politischen Kraft. Ein halbes Jahr vor den Wahlen hatte der Oppositionsführer und Bürgermeisterkandidat der CDU, der als moderat geltende Ole von Beust, offen für die Möglichkeit einer Zusammenarbeit seiner Partei mit der neuen Kraft optiert: »Wir können mit allen demokratischen Parteien koalieren. Und Schills

Partei ist demokratisch.«⁵⁹ Es war mithin Machtkalkül, dieser neuen Partei Regierungsfähigkeit zuzusprechen und sie damit zu stärken, um die Landesregierung unter dem links in der SPD verorteten Ersten Bürgermeister Ortwin Runde und der grünen Bürgermeisterin Krista Sager ablösen zu können. Damit hatte von Beust für die Rechtspopulisten den Teppich ins Rathaus ausgerollt, wenngleich mit einem Wahlerfolg in dieser Höhe niemand gerechnet hatte.

Die Partei Rechtsstaatlicher Offensive vertrat mit den Hauptthemen ›Innere Sicherheit‹ und ›Ausländerkriminalität‹ und Losungen wie ›Der Rechtsstaat muss Härte zeigen. Im Zweifel für die Sicherheit‹ zweifellos ein rechtspopulistisches Programm, das sich allerdings noch ›im Referenzrahmen unserer Rechtsordnung‹ verortete. Es sei absichtsvoll »eindeutig zweideutig«, wie die Politikwissenschaftler Joachim Raschke und Ralf Tils befanden.⁶⁰

Als der Sturm der Entrüstung nach der Hamburger Wahl nicht abbrach und bereits von einem kompletten Fehlstart der Mitte-Rechts-Koalition, »entstanden aus Mangel an politischer Management-Erfahrung«, die Rede war,⁶¹ rückten die neuen Partner schrittweise von ihrer Festlegung im Entwurf des Koalitionsvertrags ab. Der Hamburger Landesvorstand der FDP missbilligte am 21. Oktober die Koalitionsforderung nach einem Verbleib der Justizvollzugsanstalt auf dem ehemaligen KZ-Gelände und sprach sich für eine »zügige Realisierung des Ausbaus der Gedenkstätte Neuengamme« aus.⁶² Auf dem Parteitag der Liberalen wurde an deren Engagement für die Gedenkstätte in den achtziger Jahren unter Helga Schuchardt und Ingo von Münch erinnert. FDP-Spitzenkandidat Rudolf Lange gab zu, in Unkenntnis gehandelt zu haben, als er in den Koalitionsverhandlungen in dieser Frage »Schill gefolgt«

59 »CDU flirtet mit Richter Schill«, in: *Hamburger Abendblatt* vom 29.1.2001, S. 1.

60 Joachim Raschke / Ralf Tils, »CSU des Nordens. Profil und bundespolitische Perspektiven der Schill-Partei«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 47 (2002), S. 49–58.

61 Uwe Bahnsen, »Führungsstärke ist gefordert [Kommentar]«, in: *Die Welt* vom 19.10.2001.

62 Ticker dpa/lno vom 22.10.2001, in: AGN, Ordner: Presseberichte zur Auseinandersetzung 2001.

sei.⁶³ Auch in der CDU war nunmehr wieder von einer Erweiterung der Gedenkstätte die Rede, »aber vielleicht nicht in dem Flächenausmaß«.⁶⁴ Zudem gelte es, das Konzept und die »Anordnung auf dem Gelände« noch einmal zu überprüfen.⁶⁵ Ronald Schill verwies ebenfalls darauf, dass keine endgültige Entscheidung getroffen worden sei. Er bestritt, dass er die Koalitionspartner in der Verhandlungsrunde zur Neuengammer Haftanstalt auf seine Linie gebracht habe; es sei in dieser Frage vonseiten seiner Partei »überhaupt keine Überzeugungsarbeit notwendig« gewesen, denn sowohl von der FDP als auch von der CDU sei »dieser Wunsch mitgetragen worden«. Vor dem Hintergrund seiner eigenen Familiengeschichte – sein Großvater Kurt Schill war am 14. Februar 1944 als kommunistischer Widerstandskämpfer im sogenannten Arrestbunker (Lagergefängnis) des KZ Neuengamme erhängt worden – versicherte er, dass die neue Regierung das Gespräch mit allen Betroffenen suchen werde und »in keiner Weise festgelegt« sei.⁶⁶

Als am 31. Oktober 2001 nach mehr als vierzig Jahren mit Ole von Beust in Hamburg erstmals wieder ein Christdemokrat das Bürgermeisteramt antrat, wurde der Wahlakt von einer Aktuellen Stunde überschattet, die die GAL-Fraktion zum angemessenen Umgang mit dem historischen Erbe des KZ Neuengamme angemeldet hatte.⁶⁷ Dass einer solchen Debatte unmittelbar im Anschluss an den feierlichen Akt der Vereidigung eines neuen Senats stattgegeben wurde, ist ein einmaliger Vorgang in der Hamburger Parlamentsgeschichte. Entsprechend heftig und emotionsgeladen war der Schlagabtausch zwischen den Fraktionen der neuen Rathauskoalition und den Oppositionsparteien SPD und GAL. Während die Oppositionsabgeordneten der neuen Regierung Wort-

63 Sm [Initiale], »Die KZ-Gedenkstätte Neuengamme soll zügig ausgebaut werden. FDP für Gedenkstätte«, in: *Hamburger Morgenpost* vom 24.10.2001.

64 Norbert Reichelt, zitiert nach »Gefährliches ›Verlangen nach Vergessen‹«, in: *Bergedorfer Zeitung* vom 27./28.10.2001.

65 Ole von Beust, »Das war ein Fehler [im Interview mit Elke Spanner]«, in: *taz Hamburg* vom 20.10.2001.

66 Interview mit Ronald Barnabas Schill, NDR 3 Fernsehen, »Hamburg-Journal« vom 16.10.2001.

67 Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Plenarprotokoll 17/2 vom 31.10.2001 (<https://tinyurl.com/t5jwddy8>) [eingesehen am 27.5.2022].

bruch, geschichtliche Verantwortungslosigkeit und eine schwere Schädigung des internationalen Ansehens Hamburgs vorwarfen, hielten Abgeordnete von CDU, Partei Rechtsstaatlicher Offensive und FDP ihnen vor, dieses Thema parteipolitisch instrumentalisieren zu wollen. Dabei sei moralische Überheblichkeit völlig fehl am Platze, denn es seien schließlich sozialdemokratisch geführte Senate gewesen, die 1948 im ehemaligen KZ Neuengamme ein Gefängnis eingerichtet, dieses 1970 um ein zweites ergänzt und es – anders als ihre jetzigen Voten vermuten ließen – schließlich in den vorangegangenen zwölf Jahren selbst nicht vermocht hatten, die Gefängnisverlagerung tatsächlich zu realisieren.

Für den neuen Senat nahm der Handlungsdruck weiter zu: Aus dem Ausland und aus dem gesamten Bundesgebiet gingen Protestbriefe und besorgte Anfragen in Hamburg ein. Prominente aus unterschiedlichen Bereichen meldeten sich zu Wort. Die Landtagspräsidenten der benachbarten Bundesländer Niedersachsen und Schleswig-Holstein mahnten eine Rückkehr zu dem wenigen Wochen zuvor einmütig gefassten Beschluss an. Die sich zuspitzende Brisanz führte zu einem Engagement der neuen Oppositionsparteien, das sich die AIN und andere Interessenvertreter der Gedenkstätte schon in den Zeiten der Stagnation gewünscht hätten.

Am 21. November 2001 erklärten die Senatoren Dr. Roger Kusch (CDU), Mario Mettbach (Partei Rechtsstaatlicher Offensive) und Rudolf Lange (FDP) nach einem gemeinsamen Rundgang in Neuengamme und anschließenden Gespräch mit Vertretern der AIN, des Zentralrats der Juden und der Kirchen gegenüber der Presse, die grundsätzliche Entscheidung zur Gedenkstätte habe überhaupt nicht zur Disposition gestanden. Der Ausgangspunkt sei vielmehr eine »unterschiedliche Bewertung von Strafvollzugsinteressen zwischen dem neuen Senat und dem alten« gewesen, der »in Hamburg überproportional viele offene Haftplätze« geschaffen und deshalb auch das Ersatzgefängnis in Billwerder als offene Anstalt konzipiert habe.⁶⁸ Da die Umplanungen bei dem im

68 Pressekonferenz am 21.11.2001, Abschrift vom Band, in: AGN, Ordner: Presseberichte zur Auseinandersetzung 2001. Vgl. auch »Justizbehörde: Schnellere Räumung von Teilbereichen. Justizvollzugsanstalt Vierlande wird verlagert«, Pressemitteilung der Staatlichen Pressestelle Hamburg vom 21.11.2001, in: ebenda.

Bau befindlichen Gefängnis in Billwerder durch Verschärfung der Sicherheitsvorkehrungen und eine Erhöhung der Belegungszahl von 400 auf 800 Haftplätze zu einer Verschiebung des Verlagerungstermins um einige Monate führen würden, bot der Senat als Ausgleich für die Zumutung dieser weiteren Verzögerung folgende drei Modifizierungen des ursprünglichen Konzepts an: die definitive Zusage, die Justizvollzugsanstalt XII in Neuengamme spätestens zum 30. Juni 2003 aufzugeben, die Rekonstruktion des ehemaligen Appellplatzes schon im Laufe des Frühjahrs 2002 und die Gewährleistung seiner Zugänglichkeit auch bei laufendem Gefängnisbetrieb sowie die Realisierung der gesamten Neugestaltung anderthalb Jahre früher als ursprünglich beabsichtigt bis zum sechzigsten Jahrestag der Befreiung im Mai 2005. Bei einem anschließenden Empfang für die Amicale Internationale de Neuengamme im Hamburger Rathaus verband Bürgermeister von Beust seine Bitte um Zustimmung zu den neuen Vorschlägen des Senats mit einer Entschuldigung dafür, die Gefühle der Betroffenen verletzt zu haben.

Am 15. Januar 2002 verhandelte der Senat über den neuen Zeit- und Finanzierungsplan für die Neugestaltung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, wobei anstelle des verhinderten Ersten Bürgermeisters Innen senator Schill als sein Vertreter die Sitzung leitete.⁶⁹ Die Bürgerschaft stimmte am 24. Januar dem neuen Zeitplan mit den Stimmen aller Fraktionen zu.⁷⁰ Am Vortag hatte sie auch über eine mögliche Präsentation der zweiten Wehrmachtsausstellung in Hamburg debattiert.⁷¹ Ange-

69 »Senatsbeschluss zur KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Neugestaltung bereits im Mai 2005 abgeschlossen«, Pressemitteilung der Staatlichen Pressestelle Hamburg vom 15.01.2001, in: ebenda.

70 Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Plenarprotokoll 17/7 vom 24.1.2002, Beschluss zu Drs. 17/224 Neugestaltung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme – Neuer Zeitplan und Finanzierungsplan (<https://tinyurl.com/5xe5yhbs>) [eingesehen am 27.5.2022].

71 Nachdem die Bürgerschaft einen Antrag der GAL abgelehnt hatte, erklärte sie auf Antrag der Regierungsfractionen einstimmig, sie würde es »begrüßen, wenn das Hamburger Institut für Sozialforschung die neugestaltete Ausstellung in Hamburg zeigt«, Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Plenarprotokoll 17/6 vom 23.1.2002, Beschluss zu Drs. 17/253, Wehrmachtsausstellung in Hamburg (<https://tinyurl.com/2p99jaw9>) [eingesehen am 27.5.2022].

sichts der fraktionsübergreifenden Zustimmung zu beiden Anträgen, der sich auch die Abgeordneten der Schill-Partei nicht entziehen konnten, hatten Gegner und Gegnerinnen des Projekts der Gefängnisverlagerung, die es in der Hamburger Bevölkerung in nicht geringer Zahl gab, fortan in der Politik keinen Rückhalt mehr.

Der Senat hielt seine Zusagen und den Zeitplan ein. Am 6. September 2003 – genau 55 Jahre nach Eröffnung des ersten Gefängnisses – kamen auf dem ehemaligen Appellplatz Hunderte KZ-Überlebende und Angehörige zusammen, um unter dem Motto »Neuengamme enfin libéré« die Gefängnisschließung und die Übergabe des Geländes an die Gedenkstätte feierlich zu begehen. Kurz zuvor hatten auf dem Kerngelände des ehemaligen Häftlingslagers die Bauarbeiten zur Herrichtung der noch aus der KZ-Zeit erhaltenen Gebäude und der Abriss der Nachkriegsbauten begonnen. Mit einem lauten Knall war drei Wochen vor der Veranstaltung mit einem Erpressungsversuch Schills gegenüber Bürgermeister von Beust und der daraufhin unverzüglich vollzogenen Entlassung Schills aus dem Senatorenamt auch die Regierungskoalition am 19. August faktisch zerbrochen.

Der sechzigste Jahrestag der Befreiung markierte dann einen neuen Abschnitt in der Geschichte der KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Durch Markierung der Barackengrundflächen und Zaunverläufe sowie archäologische Freilegungen wurde die Topographie des Ortes sichtbar, mit den Dauerausstellungen und dem Studienzentrum war ein Lernort von internationaler Bedeutung entstanden. Mehrere tausend Menschen waren am 3. und 4. Mai 2005 nach Neuengamme gekommen, darunter 250 ehemalige Häftlinge und mehr als 800 Hinterbliebene und Familienangehörige aus über zwanzig Staaten Europas, aus Israel und Übersee, um an der Eröffnung der neuen Gedenkstätte am Ort des ehemaligen Häftlingslagers durch die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien, Staatsministerin Dr. Christina Weiss, und Hamburgs Ersten Bürgermeister Ole von Beust teilzunehmen.

Nachdem am 18. Oktober 2006, genau 25 Jahre nach der Eröffnung des Dokumentenhauses, auch mit dem Abriss des zweiten, 1970 in Betrieb genommenen Gefängnisses in Neuengamme begonnen worden war, wurden 2007 zwei weitere Dauerausstellungen eröffnet: in den ehe-

malignen Walther-Werken die Ausstellung »Mobilisierung für die Kriegswirtschaft: KZ-Zwangsarbeit in der Rüstungsproduktion« und an einem als Zeitschnitt erhaltenen Mauerrest des zweiten Gefängnisses die Open-Air-Ausstellung »Gefängnisse und KZ-Gedenkstätte: Dokumentation eines Widerspruchs«. Insgesamt erforderten die baulichen Umgestaltungen Mittel in Höhe von 16,3 Millionen Euro, von denen circa vier Millionen Euro für die neuen Ausstellungen aufgewendet wurden. An der Finanzierung beteiligten sich die Freie und Hansestadt Hamburg und die Bundesregierung je zur Hälfte. Eine Zustiftung von dritter Seite erfolgte nur bei der Realisierung der Ausstellung im ehemaligen SS-Garagenhof »Dienststelle KZ Neuengamme: Die Lager-SS« durch Mittel der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius.

Auf dem Gelände hätte es auch noch eine weitere Ausstellung geben können, doch erneut konnte sich hier die Stadt mit dem Hamburger Institut für Sozialforschung auf kein gemeinsames Vorgehen verständigen. Dies stand in Zusammenhang mit den Überlegungen, die im November 2001 in Berlin eröffnete Ausstellung »Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944«, ⁷² die anschließend wie zuvor die erste Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944« in weiteren Städten gezeigt wurde, am Ende einer auf zwei Jahre befristeten Wanderschaft an einem festen Standort zu etablieren. Nachdem eine Untersuchung verschiedener möglicher Standorte aufgrund des authentischen Umfeldes, der Organisationsstruktur und einer Besucherprognose die in einem Entwicklungsprozess befindliche KZ-Gedenkstätte Neuengamme empfohlen hatte und die Hamburgische Bürgerschaft wie erwähnt am 23. Januar 2002 eine Präsentation auch der sogenannten zweiten Wehrmachtsausstellung in Hamburg begrüßt, auch Bürgermeister von Beust sich dafür ausgesprochen hatte, wandte sich Reemtsma an die neue Kultursenatorin Dana Horáková. Er schlug ihr vor, die Ausstellung etwa Ende 2003 dauerhaft in Hamburg für Öffentlichkeit und Forschung zugänglich zu machen:

72 Die Zeitschrift des HIS hat hierzu ein Doppelheft veröffentlicht, mit einem Rückblick auf das Ausstellungsprojekt; vgl. Jens Bisky, »Zwanzig Jahre danach«, in: »Verbrechen der Wehrmacht«. Anmerkungen zu einer Ausstellung [= *Mittelweg* 36 30 (2021) 5/6], S. 3–16.

auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte Neuengamme als zeitgeschichtliches Dokument, ergänzt um das zu diesem Thema zusammengetragene Archiv. Er erweiterte das Angebot einer Schenkung an die Stadt um die Bereitschaft, die Kosten für die Einrichtung ebenfalls zu übernehmen. Die Gedenkstätte hielt eine Unterbringung in dem am Busparkplatz gesondert gelegenen und separat zugänglichen ›Hammerwerk‹, einem noch in den letzten Kriegsmonaten errichteten Fabrikgebäude der Metallwerke Neuengamme, mit dem Konzept der Neugestaltung für sehr gut vereinbar. Synergieeffekte wurden insbesondere im Hinblick auf die Programmgestaltung in dem geplanten Studienzentrum gesehen. Auch Senatorin Horáková begrüßte den Vorschlag grundsätzlich, zumal die Grundinstandsetzung des Gebäudes mit den im Rahmen der Neugestaltung eingeworbenen Mitteln erfolgen könne. Die Behörde legte aber Wert darauf, dass Trägerschaft und inhaltliche Verantwortung für Ausstellung und Archiv in den Händen des HIS verbleiben müssten. In den anschließenden Verhandlungen, die der Klärung technischer Fragen zur Gebäudeherrichtung für Ausstellungszwecke und der Zuständigkeiten für den Betrieb galten, stießen jedoch unterschiedliche Erwartungen aufeinander. Obwohl laut dem vom HIS in Auftrag gegebenen Gutachten der für zehn Jahre kalkulierte Betrieb sich aus Eintrittsentgelten weitgehend selbst tragen würde, wollte die Behörde sich durch eine Ausfallbürgschaft abgesichert sehen. Über die Schenkung hinaus, so nahm man das im HIS wahr, sollte sich das Institut mithin langfristig finanziell engagieren, während die Stadt selbst es bei der Bereitstellung des Gebäudes belassen wolle. Auch wenn die Kultursenatorin, nicht zuletzt aufgrund entsprechender Bitten aus der Bürgerschaft und ihrer Präsidentin, den HIS-Vorstand bat, sein inzwischen zurückgezogenes Angebot aufrechtzuerhalten und in weitere Verhandlungen einzutreten, war der Vorschlag mit der Erwartungshaltung der Behörde, Folgekosten für die Stadt zu vermeiden, vom Tisch. Eine Verständigung erfolgte anschließend nur noch hinsichtlich einer abschließenden Präsentation der Wanderausstellung in der Kulturfabrik Kampnagel, die vom 28. Januar bis zum 28. März 2004 stattfand und zu deren Eröffnung der Erste Bürgermeister Ole von Beust, Jan Philipp Reemtsma und der ungarische Literatur-Nobelpreisträger Imre Kertész sprachen. Anschließend übergab das HIS die Ausstellung zur Archivierung an das Deutsche Historische Museum in Berlin.

Aufseiten der Stadt hatte man, vielleicht aufgrund anderer Erfahrungen im Bereich privater Kulturförderung, hier wie schon bei den vorangegangenen Aktivitäten Reemtsmas verkannt, dass es sich bei seinem Engagement nicht um eine Form des Mäzenatentums handelt. Hier sollten private Mittel nicht die öffentliche Hand von Aufgaben entlasten, die selbst zu übernehmen die historische Verantwortung und politische Moral geboten. Dieses Motiv schien auch dann auf, wenn Reemtsma zuweilen staatlichen Entscheidungsträgern ins Gewissen redete, etwa bei der Errichtung des Denkmals, das in Berlins Mitte an die Shoah erinnert. Kurz vor der Entscheidung im Bundestag für den Bau veröffentlichte die *Zeit* im Juni 1999 einen Artikel Reemtsmas zu den konzeptionellen Versäumnissen und der Problematik der die anderen Opfergruppen nicht inkludierenden Widmung. Gleichwohl plädierte Reemtsma für die Realisierung des Entwurfs von Peter Eisenman, aber unter der Voraussetzung, dass zugleich die »Gedenkstätten an den Orten des Mordes« gesichert und es zu einer »akzeptablen Regelung der Entschädigungszahlungen an die noch lebenden ehemaligen Zwangsarbeiter« komme. Wenn dies unterbleibe, »wäre auch ein Votum für den Eisenman-Entwurf ein – wenn auch nicht so plakatives – Dementi der Intention«. ⁷³

Neben dem Hamburger Institut für Sozialforschung, der Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur, den Projekten zu den literarischen Werken von Arno Schmidt und Christoph Martin Wieland und vielen weiteren von ihm initiierten Förderungen wie der Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte zählen vielfältige Anstrengungen im Bereich der Gedenkstätten zu Reemtsmas Engagement, beispielsweise bei der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten. Vieles geschah abseits der Öffentlichkeit, etwa die langjährige Unterstützung der Bremer Geschäftsstelle der ›Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz‹ für deren Kampf um die Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure. Ohne seine anteilige Förderung wäre es der KZ-Gedenkstätte Neuenгамme im Mai 2005 auch nicht möglich gewesen, alle Überlebenden zur

73 Jan Philipp Reemtsma, »Die einzige Lösung. Am 25. Juni stimmt der Bundestag über das Holocaust-Mahnmal ab. Erträglich wird das Votum nur, wenn die Zwangsarbeiter entschädigt und die Gedenkstätten gesichert werden«, in: *DIE ZEIT* vom 17.6.1999, S. 33.

Eröffnung der auf dem historischen Lagergelände neu geschaffenen Gedenkstätte einzuladen. Die Realisierung der von den Opferverbänden als Ergänzung zum Denkmal gewünschten Namenstafeln am Gedenkort ›denk.mal Hannoverscher Bahnhof‹ verdankt sich diesem Engagement ebenso wie das Zustandekommen einiger größerer und kleinerer Forschungsprojekte zur Geschichte des KZ Neuengamme und der Außenlager sowie zur Aufklärung noch nicht ausgeleuchteter Themen wie dem der Wehrmachtjustiz in Hamburg. All dies sollte nicht das Tun der öffentlichen Hand ersetzen; es förderte vielmehr Kooperationen, verstärkte nicht ausreichende Eigenmittel und sollte ermöglichen, was sonst nicht möglich gewesen wäre. Gedenken als Vergewärtigung belasteter Vergangenheit ist eine sich für alle und jeden in unserem Land stellende gesellschaftliche Herausforderung, eine Aufgabe, die nicht an den Staat delegiert werden kann, der sich der Staat aber auch nicht entledigen darf.

In seinem Text »Wozu Gedenkstätten?« formulierte Jan Philipp Reemtsma es so: »Es geht nicht um Erinnerung, es geht um das Bewusstsein einer Gefährdung, von der man weiß, seit man von ihr weiß, dass es eine Illusion war, zu meinen, der Zivilisationsprozess sei unumkehrbar, von der man also weiß, dass sie immer aktuell bleiben wird.«⁷⁴

74 Ders., »Wozu Gedenkstätten?«, in: *Mittelweg* 36 13 (2004) 2, S. 49–63 (Zitat S. 62). Der Text geht auf einen am 28.11.2003 in Kiel auf Einladung der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten gehaltenen Vortrag zurück.